

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Hermann R. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeindevorstandes Gröbba.

Postfach: Leipzig 81000, Gröbba R. 22.

N. 94.

Sonnabend, 23. April 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abholung an Postämtern monatlich 1.10 Mark ohne Zustellung. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Inhalt, Richtigkeit, Nachweiligkeit und Verantwortlichkeit für die Druckkosten des Bestellers. Die Redaktion ist für die Druckkosten des Bestellers nicht verantwortlich. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Druckerei, der Postämter oder der Fernsprechverbindungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Derzeitiger Redakteur: Hermann R. 22. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel. Riesa: für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch. Riesa.

## Verkehr mit Riegenmilch betr.

Der Gesundheits- und Bezirksausschuss hat in seiner Sitzung vom 14. 4. 1921 die Beschlüsse für Riegenmilch und -Röhe wie folgt neu festgelegt:

1. Bei Abgabe von Riegenmilch durch den Riegenhalter an den Verbraucher M. 1.90, durch den Händler M. 2.20 für das Liter.
2. Bei Abgabe von Riegenkäse durch den Riegenhalter M. 11.40, durch den Händler M. 12.— für das Pfund.

Diese Preise treten sofort in Kraft. Jederhandlungen gegen diese Bestimmungen werden gemäß §§ 13, 16 der Verordnung der Verwaltung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1917 (R. G. Bl. S. 100) abgeurteilt.

Die durch Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 3. Mai 1920 — 333 IV — veröffentlichten Preise werden hiermit außer Kraft gesetzt.

Im übrigen wird auf den Inhalt der Bekanntmachung — 333 IV — vom 3. Mai 1921 — abgedruckt im Großenhainer Tageblatt vom 8. 5. 20, im Riesaer Tageblatt vom 8. 5. 20, im Haderburger Anzeiger vom 8. 5. 20 verwiesen.

Großenhain, am 20. April 1921.  
223 L IV. Der Kommunalverband.

Die diesjährige Hauptprüfung der Bullen wird in der Zeit von Anfang Mai bis Ende Juni vorgenommen werden.

Die Anmeldung der Bullen zur Prüfung ist bis zum 7. Mai 1921 bei dem Gemeindevorstande zu bewirken; dies hat auch hinsichtlich der bereits vorgeführten und der innerhalb des Bezirkes gehaltenen Bullen zu geschehen.

Die zur Prüfung vorzuführenden Bullen müssen mit Kalender versehen sein (zu verlag. und Unfallsversicherungsvorschriften der landwirtschaftlichen Berufsvereine unter B II 6). Alle Bullen, welche beim Kalendern keine vorchriftsmäßigen Kalender tragen, werden zurückgewiesen, wobei auch auf die Strafbestimmungen unter D des 1. Nachtrags zu den Unfallversicherungsvorschriften der genannten Berufsvereine hingewiesen wird.

Die Kalendern werden den Gemeindebehörden durch den Bezirksleiter unmittelbar

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 28. April 1921.

— Koncert Juanita Brodmann — Annamaria Lang — Prof. Paul Umlauf. Der Saal der Mitternachts war am gestrigen Abend dicht gefüllt, galt es doch, den von ihren Schülerinnen und Schülern geleiteten Musikpädagoginnen Juanita Brodmann (Violine) und Annamaria Lang (Gesang) Gesänge und Reigen der Vertikalisierung und Freude zum Ausdruck zu bringen. Die seit Jahren in der Kunstwelt rühmlich bekannte Violinistin schaffte namentlich gegen Ende der Vortragsfolge aus dem Vollen. Zu Dank verpflichtet ist die Publikumswelt mit dem nicht oft gespielten Violin-Konzert Op. 44 von Bruch. In der kompositiv allerdings nicht sehr wertvollen Caprice von Giuliani entzückte sie durch hervorragende Technik, für die sie in der kurzen Flageolet-Melodie, im doppelstimmigen Spiel, Springbogen, im Falsetto und Arpeggiertwerk, in wunderbarer Cantilene Beweise in Fülle erbrachte. — Die Sängerin gab mit Liedern von Schubert, Schumann, Brahms, Umlauf und Wagner wieder hellhörig aufgenommene Proben ihrer an dieser Stelle schon mehrfach gewürdigten Kunst. Schumann's „Sandmännchen“ und „Marienwürmchen“ gaben ihr Gelegenheit, auch hinsichtlich des Vortrags und der Ausdrucksbehandlung des gelungenen Wortes vorbildlich zu sein. Professor Paul Umlauf, der am meisten beschäftigte Künstler des Abends, konzertierte als sein empfindender Begleiter ganz prächtig mit. Er rekonstruierte Brahms' so vortrefflich, daß der Musiker allein an diesen Begleitungen seine Freude haben mußte. Der Vokal war klar, und nach jeder Nummer der Vortragsfolge wurden den Künstlerinnen Blumensträußen überreicht, während Prof. Paul Umlauf den Dank der Publikumswelt durch entgegennehmen konnte, daß nach seinen von ihm komponierten Liedern das Verlangen nach Wiederholung zum Ausdruck kam.

— Einige Tanzabende der Prima-Ballerina und ersten Solotänzerin der sächs. Staatsoper Dresden, Lina Gerger, morgen Sonntag 7/8 Uhr in der Eldstrasse. Mit Spannung dürfte dem Publikum dieser hervorragenden Künstlerin entgegengeesehen werden. Herr Baron Carlo v. d. Ropp wird bei dieser Gelegenheit wiederum mit seiner meisterhaften Vortragstunke erfreuen. Musikalische Leitung liegt in bewährten Händen des bekannten Pianisten Herbert Höger.

— Rieber-Musik-Verein Riesa-Gröbba. Ein letzter Versuch wird am 4. Mai im Stern-Saal vom Rieber-Musik-Verein Riesa-Gröbba gehalten. Das Rieber-Orchester des Vereins ist auf über 60 Personen vergrößert und werden bei dem Mai-Konzert 41 Bläser, 10 Streichinstrumente, 11 Mandolinen, Flügel- und Harmonium vier Chöre bestehend aus Komponisten zur Ausführung bringen. Außerdem sind Halbesdorfer, ein Duett und Soli vorgesehen. Der sehr freudige Verein hat diesmal den Virtuosen und Komponisten Alfred Schuler aus Leipzig unter sehr erheblichen Kosten als Solist für den Abend gewonnen. Der Dirigent des Vereins, Herr R. G. Kraus, wird ein Duett spielen. Anlässlich eines Konzertes bei der Herzogin-Wilhelmine von Anhalt in Ballenstedt schrieb das dortige Kreisblatt folgendes: „Das Spiel des Herrn Kraus dringt wahrhaft zu Herzen und man kann ihm nicht genug ablauschen von seinem Weis und Freud, was er so mühelos zum Ausdruck bringt. Das kostbare Instrument besitzig sich glücklicherweise, wenn er sich nicht jemand entgegen kann.“ Die bisher erworbenen Tänzer und das musterhafte Verhalten des Vereins sind die beste Empfehlung für das kommende Konzert. Da die neue Zeit auch auf musikalischem Gebiet ihre Spuren zeigt, wird mancher, der sich selber ein Klavier kaufen konnte, zu einem missergebnigen Instrument gezwungen werden, und nur ein solches Konzert noch nicht gehört hat, der überzeuge sich, was auf einer Konzertreise gelehrt werden kann. — Offizieller und Willkommener-Gesellschaft. Am 14. April hielt in den Sälen des sächsischen Militärvereins-Club in Dresden der 2. Sächsischer Landes-

rat Professor Dr. Gebhardt vor den zahlreich erschienenen Vertretern der sächsischen Offiziersvereine, auf Einladung des Präsidiums einen Vortrag über den Inhalt, Aufgaben und Ziele der Militärvereine im Allgemeinen, sowie über die Einrichtungen des sächsischen Bundes im Besonderen. Weitere Ausführungen gab Präsidiumsmitglied Oberregierungssekretär Paul. Eine anschließende Aussprache betonte das lebhafteste Interesse der Hörer an den Ausführungen.

— Staatshochschule für Musik. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt über den vom Gesamtkomitee in der Sitzung vom 22. April 1921 gefassten Beschlüsse, betreffend die Gründung einer Staatshochschule für Musik und rebende Ränke in Dresden, folgenden mit: Das Gesamtkomitee stimmt dem Plane der Errichtung einer Staatshochschule für Musik und rebende Ränke in Dresden im Prinzip zu, ist aber infolge der Finanzlage des Landes außer Stande, neben der Uebernahme der entsprechenden Räume im Taschenbergpalais einen Beitrag aus Staatsmitteln zu gewähren. Falls auf dieser Grundlage unter Heranziehung der vom Rate der Stadt Dresden und von privaten Seiten in Aussicht gestellten Zuschüsse der Plan verwirklicht werden kann, soll die Hochschule als Staatshochschule vom Staate geführt und insbesondere durch staatliche Prüfungen und staatliche Verwaltung als Staatshochschule gekennzeichnet werden.

— Die Schachzeitung. Leipziger Volkszeitung. Unter dieser Ueberschrift schreiben die „Leipz. N. Nachr.“: In einem kritischen Bericht über die Sitzung des sächsischen Landtages, die die gemeinsame Waise der bürgerlichen Parteien in die sozialistische Klassengrenze brachte, schenkt sich die „Leipziger Volkszeitung“ nicht, folgende Sätze niederzuschreiben: „Das Besondere dabei ist aber, daß sich in diesem Streich Herr Dr. Seifert geäußert hat, derselbe Herr Seifert, der als demokratischer Kulturminister eine unäuglich lächerliche Rolle spielte und von seinen jetzigen deutschnationalen Freunden in der Wahlbewegung nach Etzsch und Jaden abgelehrt wurde, und der sich mit einer jährlichen Pension von 48000 Mark auf Kosten der Steuerzahler von den Strapazen seiner Ministerthätigkeit ausruht.“ Die große Erbärmlichkeit dieser Kampfwaise wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß binnen kurzem auch einer der sozialistischen Minister, nämlich Herr Schwarz, auf Kosten der Steuerzahler 48000 Mark Pension einrichtet. Und sollte es das Verständnis wollen, daß der Vizepräsident Dvinskii so lange auf seinem Ministerposten stehen bliebe, daß er die Pensionenfähigkeit erreicht, dann würde er sicher auch nicht so zimperlich sein und darauf verzichten, „auf Kosten der Steuerzahler sich von den Strapazen seiner Ministerthätigkeit zu erholen.“ Wer im Glashaus ist. — In einem anderen Artikel der „Leipz. N. Nachr.“ heißt es: „Die sächsische Regierung ist in Sachen“ heißt es: „Durch den Eintritt des mehrheitssozialistischen Fellisch, der in Wirklichkeit den Unabhängigen viel nähersteht, erhält das Kabinett zweifellos eine weitere Vindikation, die den Mehrheitssozialisten besonders gefährlich insofern werden dürfte, als der beurlaubte Dr. Larnisch künftig in den Kabinettsabteilungen fehlen wird, so daß bei den Entscheidungen drei vollwertige unabhängige gegen 2 1/2 mehrheitssozialistische Minister stehen. In unabhängigen Kreisen spricht man schon offen von baldigen Resignationen. Sollte es den Herren selbst ungemächlich an der Zunahme ihrer Macht werden?“

— „Höllis“ kommt nicht nach Sachsen. Der Rieberhauptmann Max Höll, der sich gegenwärtig im Rieber-Untersuchungsgefängnis zu Berlin befindet, um wegen verschiedener Verbrechen, u. a. wegen Anstiftung zum Diebstahl von Geld, abgeurteilt zu werden, wird von fünf deutschen Staatsanwaltschaftsbehörden wegen einer ganzen Reihe anderer und ähnlicher Verbrechen verfolgt. Die Staatsanwaltschaften zu Brauns- und Dresden nehmen den Verbrecher wegen räuberischer Erpressungen an Wohnern des Vogtlandes, wegen Anstiftung zur Brandlegung, Einbruchdiebstahl, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Mord und u. a. in Anspruch. Es besteht nun der

dar mitgeteilt werden, ebenso ergeben von Lehterem die weiteren Anordnungen wegen Übernahme der in den einzelnen Gemeinden beabsichtigten Sammelfürungen. Großenhain, am 21. April 1921.

## Kriegerwitwen!

## Kriegsbeschädigte!

Dienstag, den 26. April d. J.

gelangt ein Bogen Wäsche, Kleidungsstücke und Schuhwerk beim unterzeichneten Amt zum Verkauf.

Kleinstmögliche Kauf vorzulegen.

Großenhain, am 22. April 1921.

Bezirksamt für Kriegerversorgung.

Rechtsanwalt Richter als Vorstehender.

## Kohlenabgabe.

Die Kohlenartenabgabe auf die Monate Februar und März werden nur noch in diesem Monat von den Kohlenhändlern geliefert. Eine Belieferung des Aprilabchnittes wird nicht mehr möglich sein. Mit Ausgabe der neuen Karten Anfang Mai verfallen die bisherigen Kohlenarten. Der Rat der Stadt Riesa, am 23. April 1921.

## Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa

mit Sacharbeitsnachweis für das Wollergewerbe

Wollergewerbe Nr. 17, Tel. Nr. 40.

Es werden gesucht: 1 Fernsprech-Mechaniker, 1 Anterwörter, 1 älterer Schmelz für Gießschlacke und Aufschwemmen, 1 älterer Bauhelfer, 3 Horizontalgatterschneider, mehrere Maurer, mehrere Maler, 2 perfekte Stenotypistinnen, 1 Kontoristin aus der Holzbranche, 1 Blätterin, 1 lernende Krankenpflegerin, 1 Outmacher, 1 Strobhutmaschinenwärterin, mehrere Dien- und Hausmädchen, Haus- und Küchenmädchen, 1 Bäckerlehrling, 1 Schmelzlehrling, 1 Wärmerlehrling, 2 Rechnerlehrlinge.

Plan, sämtliche dem Höll zur Last gelegten Verbrechen vor einem Gerichtshof zu verhandeln, und zwischen den verhandelnden Staatsanwaltschaftsbehörden ist erwogen worden, Höll im Berliner Untersuchungsgefängnis zu belassen und sämtliche ihm zur Last gelegte Straftaten vor dem Berliner Sondergericht zu verhandeln. Die Akten über die im Vogtlande von Höll begangenen Verbrechen sind geschlossen und sämtliche Sachen sind spruchreif. Die aus zuverlässiger Quelle verkauften, hat sich die Staatsanwaltschaft zu Berlin mit dem Vorschlage der übrigen Staatsanwaltschaften, Höll in Berlin zu belassen und dort sämtliche gegen ihn schwebende Strafsachen zu einer Sache zu vereinen, einverstanden erklärt, sobald der Wunsch seiner Anhänger, Höll möchte auf den Transporten Gelegenheit zur Flucht finden, nicht in Erfüllung gehen dürfte. Zu den in Berlin zur Verhandlung kommenden sächsischen Verbrechen kommen wegen nicht in Frage, da diese bereits von den Staatsanwaltschaften zu Dresden und Plauen vernommen worden sind. Als erste der gegen Höll zur Verhandlung kommenden Strafsachen sind die Vorgänge in Falkenstein und Plauen in Aussicht genommen.

— Ausstellung zur Bekämpfung der Tuberkulose. Gestern mittag fand in Dresden im Gegenwart der Staats- und sächsischen Behörden sowie zahlreicher Ehren Gäste die Eröffnung der vom Deutschen Hygiene-Museum in Dresden veranstalteten Ausstellung zur Bekämpfung der Tuberkulose statt, wobei Oberbürgermeister Müller als Vorsitzender des Deutschen Hygiene-Museums die Begrüßungssprache hielt. Ministerpräsident Bud sprach den Ausstellern den Dank für das Zustandekommen derselben aus und gab der Forderung Ausdruck, daß die Ausstellung von segensreichen Folgen begleitet sein möge. Weitere Ansprachen hielten Johann Sebestian Bamm, Präsident des Reichsgesundheitsamtes und Minister Dvinskii. Beim Rundgang durch die Ausstellung übernahm Regierungsrat Dr. med. Wollke die Führung und gab hierbei von den Anwesenden mit Dank und Befall aufgenommenen Erläuterungen.

— Zur Konferenz der Ernährungsminister. Den sächsischen Vertretern auf der Konferenz der Deutschen Ernährungsminister, die am vergangenen Montag in Bremen getagt hat, ist es trotz entschiedener Fortstellungen nicht gelungen, den Standpunkt der sächsischen Regierung durchzusetzen, daß für eine Aufhebung der Zwangsbevorrathung von Milch und Butter der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei. Lediglich zwei Staaten haben sich diesem Standpunkt angeschlossen, alle übrigen sprachen sich für die in einigen Wochen vorzunehmende Aufhebung der Zwangsbevorrathung aus. Den einzelnen Ländern soll die Möglichkeit gegeben werden, für eine gewisse Uebergangszeit besond. Bewirtschaftungsbestimmungen zu erlassen, besonders um den Rückwärtig nach den Verbrauchszentren regeln zu können. Dabei dürfen jedoch die bestehenden Lieferungsbeziehungen zwischen den Ländern nicht gestört werden. Die Konferenz beschäftigte sich ferner mit den Bestimmungen über den Fremdenverkehr, deren völliger Fortfall für das laufende Jahr zu erwarten ist; weiter mit den noch geltenden Beschränkungen des Verkehrs mit Fleisch. In diesem Punkte wird voraussichtlich der Schlichtungsweg sowie der Genehmigungszwang für den Handel mit Fleisch aufgehoben werden; dagegen dürfte der Genehmigungszwang für den Verkauf von Fleischfleisch im Kleinhandel noch aufrechterhalten werden. Eine wesentliche Neuerung für die Konferenz selbst wurde infolgedessen beschlossen, als man sich künftig angeht des Abbaues der Zwangswirtschaft weniger mit den Fragen der öffentlichen Bewirtschaftung als mit der Debung der landwirtschaftlichen Erzeugung beschäftigen wird. Die nächste Konferenz, die in Stuttgart stattfinden wird, soll darin infolgedessen vorangehen, als auf ihrer Tagesordnung die Düngefrage stehen wird.

— Gang der Arbeiter bei Betriebsstilllegungen. Das sächsische Arbeitsministerium hat beim Reichsarbeitsministerium beantragt, die Verordnung über Betriebsstilllegungen und Entlassungen vom 8. November 1920 von Grund aus umzuändern. Insbesondere soll diese Verordnung künftig sozialistisch und den Arbeiter zu Gun-